



Die wahren EU-Gegner

Wer Brüssel den Geldhahn zudreht, gefährdet das Projekt der Europäischen Integration

Kaum ein Argument war den Verfassungsbefürworter zu billig, um den Non-Sagern die Gefährdung des Europäischen Projektes vorzuwerfen. Doch während das Non die EU nicht schwächen, sondern ihren Kurs korrigieren und damit Akzeptanz für die Zukunft sichern sollte, kommt von den Jasagern ein gefährlicher Angriff auf Brüssel: die finanzielle Aushungerung. In den aktuellen Budgetverhandlungen für die Periode 2007 – 2013 hat die Kommission vorgeschlagen, den Ausgabenrahmen auf 1,26% der EU-Wirtschaftsleistung auszudehnen. Sechs Nettozahler, darunter Österreich, mauern dagegen, und wollen den EU-Etat bei genau einem Prozent einfrieren. Abgesehen von der Fortschreibung der Mode, Budgetpolitik durch Zahlenmystik zu ersetzen (eins Komma null wirkt glatt und rund), ist die Knauserigkeit der Regierung ökonomisch nicht begründbar. Die Nettozahlungen Österreichs beliefen sich 2004 auf den lächerlichen Betrag von 0,2% der Wirtschaftsleistung oder 500 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die jüngste Senkung der Gewinnsteuer für Großunternehmen hat das Budget mehr als eine Milliarde Euro gekostet: das Doppelte.

Auch politisch ist der neue Geiz nicht ganz zu erklären: Während die Instrumentalisierung des Brüssel-Beitrags durch EU-Stürmer Haider in dessen Populismus-Logik passt, so ist die plötzliche Zurückhaltung der angeblich europafreundlichen ÖVP überraschend. Wenn in Europa angeblich die Zukunft liegt, wieso dann die Mittel kürzen? Was ist die langfristige Strategie dahinter?

Finanziell ausgehungert werden üblicherweise unliebsame Projekte, beispielsweise die Bundesanstalt für Bergbauernfragen, die IG Kultur oder die gesetzliche Pensionsversicherung. Gilt hingegen eine Idee als sexy, gibt es nicht Sparnot, sondern Geld wie Heu: Eliteuniversität, Kindergeld, Abfangjäger. Aus der Prioritätensetzung der Bundesregierung muss daher zwingend geschlossen werden, dass die EU nicht zu den Zukunftsprojekten zählt, sondern zu den Aushungerungskandidaten.

Ins Bild passt, dass sich Bundeskanzler Schüssel von einem zweifelhaften Verein, der „European Taxpayers Association“, öffentlich in der Hofburg ehren ließ. Der Steuerzahlerverband macht sich explizit gegen Europasteuern stark. Vor selbigem Verein gelobte Schüssel, die Abgabenquote von derzeit 43% auf 33% absenken zu wollen, eine Einsparung um 20 Milliarden Euro, ein Sparexzess der um Dimensionen tiefer geht als alle bisherigen Schnitte. Bei minus 25 Prozent Staat müsste jede vierte Schule geschlossen werden, jede vierte Universität, jedes vierte Krankenhaus, die Pensionen müssen um noch um ein Viertel gekappt werden und natürlich auch der EU-Beitrag. Das nächste EU-Ziel Österreichs würde dann logischerweise lauten: maximal 0,75% für Brüssel.

Wer vom Staat einfach so ein Viertel wegschneiden will, müsste eigentlich als Staatsfeind gelten. Schüssel gibt sich hingegen nicht nur als Staatsmann, sondern er wird auch für höhere Brüsseler Weihen gehandelt. Das ist wiederum bezeichnend für die gegenwärtige, via Referendum abgelehnte EU-Neoliberalitis, dass ausgerechnet solche Politiker in führende Positionen des Gemeinwesens gehievt werden, die sich um die partielle Exekution desselben verdient gemacht haben (Barroso, Schüssel).

Wer eine große Mission hat, verrät dafür sogar seine Kernklientel: Stehen der EU weniger Mittel zur Verfügung, wären die (Bio-)Bauern die ersten Opfer. Die Kürzungen bei der ländlichen Entwicklung würde die Erosion am Land beschleunigen, das „Europa der Regionen“ wäre leeres Geschwätz. Zweites Sparopfer wäre der Fortschritt. Während die Erhöhung der Forschungsausgaben im ÖVP-Wirtschaftsprogramm ganz oben in der Zielpyramide rangiert, will dieselbe ÖVP die Forschungsausgaben der EU durch den Budgetknebel einfrieren. Wo bleibt die Kohärenz? Drittens befindet sich die Außenpolitik im Falle einer „EU klein“ auf der Rationalisierungsliste. Das ist positiv, wenn es die militärische Aufrüstung begrenzt; und negativ, wenn es die gemeinsame außenpolitische Vertretung trifft – einer der Vorzüge der gescheiterten Verfassung.

Alternativen? Proeuropäische PolitikerInnen denken über Europasteuern nach: Finanztransaktionen, Kerosin, Flugtickets, E-Commerce. Die intelligenteste und gerechteste Lösung wäre die Beendigung des Steuerwettlaufs. Würden Konzerne in der gesamten EU einheitlich besteuert, hätten die meisten Mitgliedstaaten beträchtliche Budgetzuwächse, der leidige Steuerwettbewerb wäre beendet. Aus den Mehreinnahmen könnten die alten Länder die Transfers in die neuen Länder erhöhen, um den Aufbau ihrer Infrastruktur zu finanzieren; damit könnte ihre Zustimmung für die Steuerunion gewonnen werden. Die alten Länder würden das kaum spüren, zumal ihre Wirtschaftsleistung 25mal größer ist als die der zehn Beitrittsländer: Eine Umverteilung von 0,1% des BIP der alten Länder käme einer „Aufbauhilfe“ für die Neuen von 2,5% ihres BIP gleich, fast schon ein Mini-Marshallplan, allerdings budgetwirksam und daher bei einer Eins-Komma-Null- oder Eins-Komma-Null-Sechs-Union nicht machbar. Neben einer großzügigeren Strukturpolitik sollte eine ehrgeizige Sozialpolitik aufgebaut werden. Wenn es in der EU als Schande gilt und auch erfolgreich verhindert wird, dass jemand arm, obdachlos oder ohne Beschäftigung ist, würde eine überwältigende Mehrheit Ja zu Europa sagen.

Fazit: Mit ein bisschen Phantasie und Intelligenz lässt sich spielend Geld für eine starke Union auftreiben. Die wahren EU-Gegner sind nicht die, die eine sozialere Wirtschaftspolitik und Verfassung einmahnen, sondern die ihr den Geldhahn zudrehen.

Erschienen im „Falter“ 24/05.